Vorlage

Drucksachen-Nr.:	BV/111/2022/III-63
Einreicher:	Der Oberbürgermeister
Verantwortlich für die Umsetzung:	Bauordnungsamt

Beratungsfolge	Status	Termin	Für	Gegen	Enthaltung	Bestätigung
Dienstberatung des Oberbürgermeisters	nicht öffentlich	03.05.2022				
Ausschuss für Bauwesen, Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt	öffentlich	19.05.2022				
Stadtrat	öffentlich	01.06.2022				

Titel:

Satzung zur Änderung der Satzung über notwendige Stellplätze (Stellplatzsatzung)

Beschluss:

Auf Grund des § 85 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 in Verbindung mit § 85 Abs. 3 Satz 2 der Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt vom 10. September 2013 (GVBl. LSA 2013, 440, 441) in der zuletzt gültigen Fassung beschließt der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau die Änderungssatzung gemäß Anlage 2.

Gesetzliche Grundlagen:	§ 85 BauO LSA
Bereits gefasste und/oder zu ändernde Beschlüsse:	FV/004/2019/StR BV/130/219/III-63
Vorliegende Gutachten und/oder Stellungnahmen:	
Hinweise zur Veröffentlichung:	

Relevanz mit Leitbild

Handlungsfeld	[]	Ziel-Nummer
Wirtschaft, Tourismus, Bildung und Wissenschaft	☒	
Kultur, Freizeit und Sport	☐	
Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	☒	
Handel und Versorgung	☐	
Landschaft und Umwelt	☐	
Soziales Miteinander	☐	

Vorlage ist nicht leitbildrelevant	☐
------------------------------------	--------------------------

Steuerrelevanz

Bedeutung		Bemerkung
Vorlage ist steuerrelevant	☐	
Abstimmung mit Amt 20 erfolgt	☐	

Vorlage ist nicht steuerrelevant	☒
----------------------------------	-------------------------------------

Finanzbedarf/Finanzierung:

keine

Zusammenfassung/Fazit:

keine

Begründung: siehe Anlage 1

Für den Oberbürgermeister:

Christiane Schlonski
Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt

beschlossen im Stadtrat am:

Frank Rumpf
Stadtratsvorsitzender

Anlage 1:

Mit FV/004/2019/StR wurde im Stadtrat am 10.04.2019 beschlossen, die Satzung über notwendige Stellplätze (Stellplatzsatzung) der Stadt Dessau-Roßlau für die Dauer von 3 Jahren auszusetzen. Der Inhalt dieser Beschlussvorlage erweitert den Aussetzungszeitraum um weitere 2 Jahre.

Vor Ablauf der Aussetzungsfrist ist auch weiterhin eine Evaluierung durch den Stadtrat vorgesehen. Die Stadtverwaltung erstellt hierzu einen Evaluierungsbericht nunmehr bis zum 30.04.2024. In dieser Zeit werden statistisch über Stellungnahmen der Fachämter Bauordnungsamt, Tiefbauamt, Straßenverkehrsamt, Ordnungsamt und Stadtplanungsamt Problembereiche in Genehmigungsverfahren erfasst.

Das Tiefbauamt der Stadt hat kürzlich über eine Beschlussvorlage eine Verkehrsbefragung „Mobilität in Städten – SrV 2023“ auf den Weg gebracht. Die Ergebnisse dieser Befragung sollen abgewartet und abwägend in der Entscheidung zum weiten Umgang mit der Stellplatzsatzung berücksichtigt werden.

Darüber hinaus gibt es geänderte Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. So könnte eine geänderte Stellplatzsatzung den Klimaschutz mehr in den Focus nehmen z.B. über den Einsatz von PV – Anlagen bei überdachten Stellplätzen. Es könnten Anreize geschaffen werden für die Vorrichtung von Ladeinfrastrukturen zur E-Mobilität und es besteht auch die Möglichkeit, Radstellplätze über die Stellplatzsatzung mitzudenken.

Diese Themen bedürfen einer vorherigen Abstimmungsphase einschließlich Beachtung der grundsätzlichen Mobilitätsentwicklung. Aus diesem Grund soll zunächst eine weitere Aussetzung um 2 Jahre erfolgen.

Grundsätzlich bedarf es zu einer SatzungsAussetzung einer eigenen Satzung, die gemäß § 23 Hauptsatzung der Stadt Dessau-Roßlau der Öffentlichkeit bekannt zu geben ist.

Nach Bestätigung dieser Vorlage erfolgt dementsprechend ein Aushang in den dafür vorgesehen Schaukästen und darüber hinaus die Veröffentlichung im Amtsblatt am 22.07.2022. In dieser können sich die Bürger dieser Stadt aber auch potenzielle Investoren über die Aussetzung informieren. Den Beginn der nunmehr 5 – jährigen Aussetzung hat der Stadtrat auf den 01.08.2019 bereits beschlossen. Die Satzung tritt ohne anderslautende erneute Satzung am 31.07.2024 wieder uneingeschränkt in Kraft.

Dieser Termin gilt als Stichtag für eingehende behördliche Anträge – regelhaft Anträge für ein Baugenehmigungsverfahren. Nur für Anträge, die vor Ablauf des 31.07.2024 bei der zuständigen Behörde eingehen, gilt die ausgesetzte Stellplatzsatzung nicht.

Anlage 2: Satzung zur Änderung der Satzung über notwendige Stellplätze (Stellplatzsatzung)